



Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

— Ausgabe: 02+3/ 2012

Unter der Kuppel - Bericht aus dem Bundestag

— Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir haben einen neuen **Bundespräsidenten** – und der alte sorgt immer noch für Unmut – Ich habe sehr viele erboste Mails und Briefe erhalten zum Thema Ehrensold und Amtsausstattung erhalten. Gerade auch in meiner Funktion als Vorsitzende des Haushaltsausschusses – denn viele vermuteten oder hofften vielleicht eher, dass der Haushaltsausschuss über den Ehrensold zu entscheiden hätte... hat er wenigstens jetzt nicht! Die Entscheidung über den Ehrensold trifft das Bundespräsidialamt, das Parlament oder der Haushaltsausschuss hat keine Möglichkeit dagegen vorzugehen. Sollten die Kosten dafür im nächsten Haushalt im Jahr 2013 eingestellt werden, ist dies dann Thema bei den Haushaltsberatungen 2013. Grundsätzlich aber ist eine Neuregelung erforderlich.

Aktuellen Pressemeldungen zufolge, wurden Herrn Wulff für dieses Jahr Büroräume und Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Auch dies wurde ohne Einbeziehung des Haushaltsausschusses getan, also ohne eine Möglichkeit seitens des Parlaments hier Einfluss nehmen zu können. Die Räume wurden von der Bundestagsverwaltung zur Verfügung gestellt, die Bezahlung erfolgt über Mittel des Bundespräsidialamts.

Eine Möglichkeit, hier Einfluss zu nehmen, hat das Parlament und der Haushaltsausschuss allerdings bei den Beratungen zum Haushalt 2013. Dann wird es die Möglichkeit geben, dies zu diskutieren und – falls die Regierungsparteien dies mittragen – auch das Volumen zu reduzieren.

In der letzten Woche haben wir in erster Lesung im Bundestag über den **europäischen Fiskalpakt**

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 15 • 10625 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de

und den **permanenten Rettungsschirm, den ESM**, debattiert.

Beide Entscheidungen sind weitreichend. Für die Ratifizierung des Fiskalpakts ist eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag nötig. D.h. die Regierung braucht die Unterstützung der Opposition. Wir erwarten die Festschreibung von Wachstumsimpulsen, außerdem fordern wir die Beteiligung des Bankensektors. Ob dies in Form einer Finanztransaktionssteuer geschehen wird, wie wir es fordern, scheint fraglich. Bundesfinanzminister Schäuble kann sich offenbar damit auf europäischer Ebene nicht durchsetzen – aber auch in der eigenen Regierung nicht.

Ob die Diskussion in Europa über ausreichendes Volumen des Rettungsschirms (durch Zusammenrechnen des EFSF und ESM) wirklich das Ende vom Lied ist, bleibt abzuwarten....

Jetzt aber wünsche ich bunte Feiertage - mit herzlichen Grüßen für eine schöne Osterzeit!

Ihre



Aus dem Bundestag

BUNDESVERSAMMLUNG

Herzlichen Glückwunsch! Joachim Gauck ist neuer Bundespräsident

Am Sonntag, 18. März, um 14.20 Uhr ist der ostdeutsche Protestant Joachim Gauck von der Bundesversammlung zum neuen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Gauck erhielt 991 von 1228 gültigen Stimmen, das entspricht knapp 80 Prozent der Stimmen. Der 72-jährige evangelische Theologe und ehemalige Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde ist damit der elfte deutsche Präsident.

Nach seiner Wahl sagte Joachim Gauck im Plenum: „Was für ein schöner Sonntag!“ Er erinnerte an die einzigen freien Wahlen in der DDR, am 18. März 1990. „Zum ersten Mal in meinem Leben im Alter von 50 Jahren durfte ich in freier Wahl abstimmen“, sagte Gauck. Er habe sich damals gesagt: „Ich werde niemals eine Wahl versäumen.“ Er stellte klar: „Ich kann mich nicht denken ohne Freiheit, aber auch nicht ohne die Praxis der Verantwortung“. Es sei beglückend, wie viele Menschen ihn zuvor ermutigt hätten, sich dieser Wahl zu stellen. Er werde nicht alle Erwartungen erfüllen können – aber: „Ich sage Ja mit dem Herzen und mit allen meinen Kräften zu dieser neuen Verantwortung.“ Er wolle sich nun auf neue Themen und Personen einlassen. „Ich will eine lebendige Bürgergesellschaft!“

Unmittelbar vor der Wahl kamen die Wahlmänner und Wahlfrauen der SPD zu einer gemeinsamen Fraktionssitzung im Otto-Wels-Saal zusammen. Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier hatte zuvor geäußert, dass Joachim Gauck einen Lebenslauf vorweise, der zeige, dass Werte wie Demokratie und Freiheit nicht bleiben, wenn die Menschen sich nicht kümmern.

Ich erhoffe mir vom neuen Bundespräsidenten Werbung für Demokratie!

FISKALPAKT

Am Donnerstag, den 29. März, begannen die Beratungen über den europäischen Fiskalpakkt für mehr Haushaltsdisziplin. In das Plenum eingebracht wurde auch der Gesetzentwurf der Koalition zum dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM. Union und FDP würden beide Gesetzentwürfe am liebsten noch vor der Sommerpause verabschieden. SPD und Grüne warnen jedoch davor, den Fiskalpakkt ohne ausreichende inhaltliche und rechtliche Prüfung zur Abstimmung zuzulassen. Hier ist Schwarz-Gelb auf die Stimmen der Opposition angewiesen, da in Bundestag und Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass im Zuge des Fiskalpaktes auch Wachstumsprogramme für wirtschaftlich angeschlagene Euro-Länder aufgelegt und eine Finanzmarkttransaktionssteuer eingeführt wird. Beim Fiskalpakkt, der auf Druck Deutschlands auch nationale Schuldenbremsen vorsieht, ziehen bisher 25 der 27 EU-Länder mit. Er muss aber noch national umgesetzt werden.

Hier zur Reden von Frank-Walter Steinmeier:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60920,00.html

Parlamentsbeteiligung SPD-Fraktion setzt mehr Beteiligungsrechte bei EFSF durch

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Februar, das das „ger Gremium“ stoppte, musste das „StabMechGesetz“, also die Festschreibung der Parlamentsbeteiligung bei Rettungsmaßnahmen, neu gefasst werden. Geklagt hatten damals vor dem Verfassungsgericht die SPD-Kollegen Peter Danckert und Swen Schulz.

Bei dieser Frage nach Beteiligungsrechten des Plenums zur EFSF hat sich die SPD-Fraktion auf ganzer Linie durchgesetzt. So wurden alle Vorschläge der Sozialdemokraten von der Regierungskoalition berücksichtigt. Der gemeinsame Gesetzesentwurf „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stabilisierungsmechanismusgesetzes“ (Drs. 17/9145) von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP wurde am Donnerstag ins Plenum eingebracht.

Der Gesetzentwurf enthält die von der SPD-Fraktion geforderten überaus notwendigen Beteiligungsrechte des Parlamentes bei haushaltspolitischen Abstimmungen über finanzmarktrelevante Entscheidungen. Dazu gehört in erster Linie, dass das Plenum über alle Fragen, die die haushaltspolitische Gesamtverantwortung betreffen, entscheidet. Das gilt insbesondere auch für vorsorgliche Maßnahmen und Kredite zur Rekapitalisierung von Banken, die vormals dem Sondergremium, bestehend aus neun Mitgliedern des Haushaltsausschusses,

zugewiesen waren. Auch die Entscheidung über Darlehen sowie Aufkäufe auf den Sekundärmärkten und Hebel obliegt nun ausdrücklich dem gesamten Parlament.

Ein zusätzlicher Hauptstreitpunkt war die Frage, wie mit schnell benötigten Finanzhilfen für klamme Euro-Staaten umgegangen werden soll. Hier hat die SPD-Fraktion erreicht, dass es keine Eilfallregelung geben wird. Zudem erhält der Haushaltsausschuss bei der Auszahlung von Tranchen ein wichtiges Mitspracherecht.

Zu diesen verankerten Forderungen der Sozialdemokraten kommt zusätzlich noch, dass es im Haushaltsausschuss jetzt ein Anhörungsrecht geben wird und der Wahlmodus für das Sondergremium geändert wird. So sollen die Mitglieder wie auch die neu eingeführten Stellvertreter in geheimer und persönlicher Stimmenabgabe gewählt werden.

Aus der Fraktion

GESUNDHEIT

SPD-Fraktion beschließt Papier zur Weiterentwicklung der Pflege

Wenn Menschen pflegebedürftig werden, dann tritt dies meist für die Betroffenen und ihre Angehörigen sehr plötzlich ein. Vieles muss dann überlegt, organisiert und mit den Sozialversicherungsträgern abgestimmt werden. Menschen, die pflegebedürftig werden, wollen in ihren eigenen vier Wänden oder mindestens in ihrem Wohnumfeld bleiben. Oft sind die Angehörigen damit überfordert, vor allem, wenn sie berufstätig sind. Viele pflegenden Angehörige, und das sind hauptsächlich Frauen, geben ihre Arbeit auf, um für den Pflegebedürftigen da zu sein. Damit erhöht sich für sie das Risiko, später selbst in Altersarmut zu geraten.

Am 27. März 2012 – einen Tag bevor das schwarz-gelbe Kabinett den Gesetzentwurf aus dem Bahrschen (FDP) Gesundheitsministerium verabschiedet hat – hatte die SPD-Fraktion ihr umfassendes Positionspapier zur Pflegereform beschlossen. Das sogenannte Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz der Bundesregierung kritisiert die SPD-Fraktion als „Ettikettenschwindelgesetz“ und völlig unzureichend. Es lässt einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, der nicht nur die körperlichen Fähigkeiten, sondern auch geistige und mentale Einschränkungen einbezieht, außen vor.

Im Konzept der SPD-Fraktion ist ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff der Dreh- und Angelpunkt, denn nur so könnten Ungerechtigkeiten zwischen der Versorgung von Demenzkranken und anderen Pflegebedürftigen vermieden werden. Ein von der damaligen SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt eingesetzter Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriff hatte bereits im Januar 2009 seinen umfangreichen Bericht vorgelegt. Die Vorschläge konnten auf Grund der ablehnenden Haltung der Union von der Großen Koalition nicht mehr umgesetzt werden. Die Ergebnisse des Beirats schiebt FDP-Gesundheitsminister Daniel Bahr beiseite. Er will stattdessen erneut eine Kommission einsetzen, wodurch wertvolle Zeit verplempert wird.

Auch die Medizinischen Dienste der Krankenversicherung (MDK) fordern eine zügige Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Die jetzt von Bahr angekündigten Leistungsverbesserungen seien ihrer Meinung nach kein Ersatz für grundlegende Änderungen zugunsten der Demenzkranken.

Durch eine umfassende Prävention und Rehabilitation solle die stationäre Einweisung verhindert oder hinaus gezögert werden. Im ihrem Positionspapier fordert die SPD-Fraktion eine Stärkung der ambulanten Versorgung sowie von Prävention und Rehabilitation. Außerdem soll der Ausbau der kommunalen Pflegeinfrastruktur und der aufsuchenden Pflegeberatung vorangetrieben werden.

Um die pflegenden Angehörigen besser zu unterstützen, plant die SPD-Fraktion die „Kurzzeit- und Verhinderungspflege“ ausbauen. Dazu sollen die Ansprüche pflegender Angehöriger von Demenzkranken von derzeit 1510 Euro auf 3020 Euro für acht Wochen je Kalenderjahr steigen.

Bei plötzlich eintretender Pflegebedürftigkeit wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten analog zum Kinderkrankengeld einen Anspruch auf Lohnersatzleistung für bis zu zehn Tage erhalten. So lange können sie bislang eine Freistellung – allerdings ohne Lohnausgleich – beanspruchen. Die von Schwarz-Gelb eingeführte Familienpflegezeit von sechs Monaten will die SPD-Fraktion in ein flexibles Zeitbudget umwidmen. Auch dafür soll es einen Anspruch auf Lohnersatzleistung geben. Die Potenziale der Familie, der Nachbarschaften, des ehrenamtlichen Engagements müssen gestärkt und mit professionellen Pflege- und Betreuungsstrukturen verknüpft werden. Dabei müssten die Bedürfnisse von pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund in der Hilfeplanung berücksichtigt werden.

Gute Arbeit in Pflegeberufen schaffen

Für die Pflegekräfte wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Ausbildung verbessern und ein attraktives Berufsumfeld schaffen, das Aufstiegsmöglichkeiten bietet. Zudem soll das Image der Pflegeberufe durch eine Informations- und Imagekampagne gestärkt werden. In der Pflege dürfe auch nicht nur ein Mindestlohn gezahlt werden, sondern ein Lohn, von dem die Beschäftigten gut leben könnten. Ziel müssten flächendeckende Tarife und gleiche Löhne in Ost- und Westdeutschland sein.

Für eine bessere Pflege akzeptieren die Menschen höhere Beiträge

Für die Verbesserungen durch das Pflegekonzept der SPD-Fraktion benannte die stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin Hilde Mattheis Kosten in Höhe von 6 Milliarden Euro. Allein für die Erweiterung von Leistungen durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff wurden 4 Milliarden Euro kalkuliert. Zur Finanzierung der Mehrausgaben wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Beiträge zur Pflegeversicherung um 0,6 Prozentpunkte erhöhen. Damit könne die Pflege in Deutschland bis ins Jahr 2020 finanziert werden. Die SPD-Fraktion spricht sich deshalb klar gegen die von Schwarz-Gelb kapitalgedeckte private Pflegezusatzversicherung aus. Sie will die solidarische Finanzierung zu einer Bürgerversicherung **Pflege** ausbauen.

Das Papier finden Sie hier:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15923,00.pdf

SPD-Fraktion: Kitas ausbauen statt Betreuungsgeld

Von August 2013 an haben alle Eltern in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kita oder bei einer Tagesmutter, wenn ihre Kinder älter als zwölf Monate sind. Da jedoch nach Schätzungen aktuell rund 200.000 Betreuungsplätze und etwa 20.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlen, ist davon auszugehen, dass auf die Kommunen eine Klagewelle zukommt. Doch anstatt jetzt massiv in den Aufbau der fehlenden Plätze zu investieren, will Familienministerin Kristina Schröder (CDU) das Betreuungsgeld einführen.

750.000 Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige sollten bis zum August 2013 bereit stehen, um den Rechtsanspruch erfüllen zu können. So hatte es die Große Koalition 2007 beschlossen. Doch der Ausbau läuft nur schleppend, auch, weil den klammen Kommunen das Geld fehlt. Es wird damit gerechnet, dass Eltern, die für ihr Kind keinen Betreuungsplatz finden, auf Ersatz des Gehaltes desjenigen Elternteils, das wegen der Kinderbetreuung nicht arbeiten kann, klagen werden. Außerdem gehen die kommunalen Verbände davon aus, dass auch die 750.000 Betreuungsplätze nicht ausreichen werden.

Familienministerin Schröder weist jegliche Verantwortung für den Kitausbau von sich und zeigt mit dem Finger auf die Länder, anstatt einen neuen Krippengipfel einzuberufen und den Bundesanteil an der Ausbaufinanzierung aufzustocken. Mehr noch: Sie vergeudet von 2013 an 400 Millionen Euro und von 2014 an jährlich 1,2 Milliarden Euro für die Einführung des unsinnigen Betreuungsgeldes. Es soll an die Eltern ausgezahlt werden, die ihre Kinder nicht in einer Kita oder von einer Tagesmutter betreuen lassen. In der derzeitigen öffentlichen Diskussion werden die finanziellen Auswirkungen auch noch höher angesetzt. Ebenso wird die Zuständigkeit – Bund oder Länder – kontrovers diskutiert.

Betreuungsgeld sparen und in Kitas investieren

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt diese „Kitafernhaltprämie“ ab, weil sie falsche Anreize setzt: Sie hält Kinder von frühkindlicher Bildung fern, erschwert die Integration von Kindern aus Migrantenfamilien und den Müttern die Rückkehr ins Erwerbsleben. Auch die Gewerkschaft GEW hält das Betreuungsgeld für kontraproduktiv. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der Bundestagsdebatte erneut gefordert, auf die Einführung des Betreuungsgeldes zu verzichten und das dafür vorgesehene Geld in den Ausbau von Kitaplätzen zu investieren.

Studien bestätigen negative Effekte des Betreuungsgeldes

Eine neue Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) bestätigt die Einschätzung der SPD-Bundestagsfraktion: Finanzielle Anreize für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, senken die Frauenerwerbsquote und wirken sich nachteilig auf die frühkindliche Entwicklung aus. Für ihre Studie untersuchten die Wissenschaftler das in Thüringen bereits vor sechs Jahren eingeführte Betreuungsgeld. Danach bleiben vor allem Geringqualifizierte, Alleinerziehende und Familien mit niedrigem Einkommen dem Arbeitsmarkt fern, um die staatliche Leistung zu erhalten. Thüringen zahlt seit 2006 die „Kitafernhaltprämie“ in Höhe von 150 bis 300 Euro für Zweijährige, die nicht in eine Kita gehen. Der Anteil der Kinder, die zu Hause betreut werden, stieg auf 20 Prozent an. Kritik am Betreuungsgeld kommt nicht nur von den

Oppositionsfraktionen: Auch in den Reihen von Union und FDP ist es höchst umstritten. So hält die Bundesarbeitsministerin und frühere Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) das Betreuungsgeld einen Fehler und immer mehr Parlamentarier der Regierungskoalition wollen es nicht mittragen.

Nationales Reformprogramm 2012 muss soziale Ziele der Strategie „Europa 2020“ berücksichtigen

Die Europäische Union hat im Jahr 2010 die Strategie „Europa 2020“ beschlossen. Darin haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet, bis zum Jahr 2020 „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ in der EU zu generieren. Um dieses übergeordnete Ziel zu erreichen, hat sich die EU auf fünf Kernziele geeinigt. Angesichts der andauernden Wirtschafts- und Finanzkrise kommt den sozialen Kernzielen der Strategie eine besondere Bedeutung zu. Deshalb konzentriert sich die SPD-Fraktion in ihrem Antrag auf die Ziele von „Europa 2020“, die Beschäftigungsquote auf mindestens 75 Prozent zu erhöhen, den Anteil der Schulabbrecher auf höchstens 10 Prozent zu senken und die Zahl der in Armut lebenden Menschen in der EU um mindestens 20 Millionen zu verringern. Der Antrag heißt „Nationales Reformprogramm 2012 muss soziale Ziele der Strategie Europa 2020 berücksichtigen“ (Drs. 17/9154). Die SPD kritisiert die Bundesregierung, dass sie sich in ihrem Nationalen Reformprogramm 2012 rühmt, die bis zum Jahr 2020 gesetzten Ziele bereits heute nahezu erreicht zu haben. Außerdem hat sie die Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und die Bundesländer nicht angemessen in die Formulierung des Nationalen Reformprogramms einbezogen.

Bessere Regulierung der Arbeitnehmerüberlassung

Deutschland hat das Ziel einer Beschäftigungsquote von 75 Prozent der Männer und Frauen zwar statistisch erreicht. Die Bundesregierung ignoriert aber in ihrem Nationalen Reformprogramm, dass Millionen Menschen in Deutschland in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Die EU-Statistikbehörde gibt an, in Deutschland seien rund 16 Millionen Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Trotz dieser alarmierenden Zahl spricht das Nationale Reformprogramm 2012 der Bundesregierung nur davon, die Anzahl der Langzeitarbeitslosen bis zum Jahr 2020 um 320.000 verringern zu wollen. Das wird weder dem Ausmaß der Armut und sozialen Ausgrenzung in Deutschland gerecht, noch trägt es angemessen zum Ziel der Strategie „Europa 2020“ bei, die Armut in der EU bis zum Jahr 2020 um 20 Millionen Menschen zu verringern. Schließlich kritisiert die SPD-Fraktion die Bundesregierung dafür, dass sie sich mit jährlich rund 70.000 Schulabbrechern zufrieden gibt.

Die Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland wirksam zu bekämpfen. Dazu gehören u. a. ein gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Regulierung der Arbeitnehmerüberlassung, eine Verbesserung der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Risikogruppen und mehr Anstrengungen in der Bildungspolitik.

Kalte Progression: Keine Steuersenkungen auf Pump

Die Koalitionsfraktionen haben am 29. März mit ihrer Mehrheit das Gesetz zum Abbau der kalten Progression im Bundestag beschlossen. Sie haben sich ohne Rücksicht auf den Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte für Steuersenkungen von 6 Milliarden Euro ausgesprochen. Schwarz-Gelb nimmt damit eine dauerhafte Erhöhung des strukturellen Defizits von Bund, Ländern und Kommunen in Kauf.

Um die Steuersenkungen trotz der Erfordernisse der Schuldenbremse zu rechtfertigen, geben Bundesregierung und Koalitionsfraktionen vor, dass bereits jetzt ein verfassungsrechtlich gebotener Entlastungsbedarf beim Grundfreibetrag bestehe. Trotz beharrlicher Nachfragen der SPD-Fraktion ist Schwarz-Gelb aber einen Nachweis dafür in den Gesetzesberatungen schuldig geblieben. Es ist unbestritten, dass der Grundfreibetrag an die Entwicklung des existenznotwendigen Bedarfs der Steuerpflichtigen angepasst werden muss. Wird eine solche Notwendigkeit im Rahmen eines ordentlichen Existenzminimumsberichts dargelegt, wird sich die SPD einer Anhebung selbstverständlich nicht verweigern. Schwarz-Gelb will den Grundfreibetrag aber ohne echte **Berechnungsgrundlage im Vorgriff auf einen noch zu erstellenden Existenzminimumbericht anheben. Der angebliche Anpassungsbedarf** beim Grundfreibetrag ist lediglich ein Vorwand für die Durchsetzung der ohnehin politisch gewollten Steuersenkung von Schwarz-Gelb.

Solide Staatsfinanzen wichtiger als Steuersenkungen auf Pump

Auch die von Schwarz-Gelb behaupteten heimlichen Steuererhöhungen aufgrund der kalten Progression erweisen sich bei genauerer Betrachtung als Scheinproblem. Ein als kalte Progression bezeichneter Effekt tritt ein, wenn Lohnerhöhungen lediglich die Inflation ausgleichen und dennoch zu einem höheren Durchschnittssteuersatz führen. Es ist tatsächlich grundsätzlich sinnvoll, das zu kompensieren, um eine Schlechterstellung der Steuerpflichtigen zu vermeiden. Sämtliche Experten und selbst die Bundesregierung müssen aber einräumen, dass die kalte Progression durch die in den vergangenen Jahren durchgeführten Tarifsenkungen vollständig korrigiert wurde. Der Staat hat deshalb nicht von heimlichen Steuererhöhungen profitiert. Dass Schwarz-Gelb nunmehr eine vorauseilende Tarifsenkung vornimmt, um mögliche Effekte der kalten Progression in der Zukunft auszugleichen, widerspricht der unbedingten Notwendigkeit zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Solide Staatsfinanzen müssen den Vorrang vor Steuersenkungen auf Pump haben.

BASEL III: Märkte stabilisieren – Realwirtschaft stärken – Kommunalfinanzierung sichern

Die Europäische Kommission hat ein Gesetzespaket vorgelegt, mit dem die Vorschläge des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Reform der Eigenkapitalvorschriften für Kreditinstitute – Basel III – in europäisches Recht umgesetzt werden sollen. Strengere Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen sind ein zentraler Ansatzpunkt, um die Krisenfestigkeit des Bankensystems zu erhöhen. Nach dem Willen der Europäischen Kommission

soll das neue Regelwerk für alle Banken und Kreditinstitute gelten. Eine umfassende Anwendung der neuen Anforderungen ist im Grundsatz notwendig, um eine effektive Regulierung zu gewährleisten.

Die Europäische Kommission hat bei ihrer Umsetzung von Basel III allerdings die besonders in Deutschland innerhalb der Bankenlandschaft bestehenden Unterschiede zu wenig beachtet. Die für internationale Großbanken erforderlichen Vorgaben von Basel III sind auf unsere Sparkassen und Kreditgenossenschaften nicht abgestimmt. In dem Antrag „Umsetzung von Basel III: Finanzmärkte stabilisieren – Realwirtschaft stärken – Kommunalfinanzierung sichern“ spricht sich die SPD-Bundestagsfraktion deshalb für eine nach Geschäftsmodell und Größe der Kreditinstitute differenzierte Anwendung der neuen Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften aus.

Bei der Reform der Eigenkapitalregulierung müssen die Auswirkungen auf die Realwirtschaft beachtet werden. Die Umsetzung von Basel III ist eine Gratwanderung zwischen der notwendigen Stabilisierung des Bankensektors und den Finanzierungsanforderungen der Unternehmen. Die SPD fordert deshalb, die Kreditvergabefähigkeit der Banken durch eine angemessene Anwendung der neuen Aufsichtsanforderungen und durch eine Anpassung der Eigenkapitalunterlegung von Mittelstandskrediten an ihr tatsächliches Risiko zu erhalten.

Die Umsetzung von Basel III darf außerdem nicht zu einer Beeinträchtigung der Kreditversorgung der Kommunen führen. Die geplante Einführung einer Verschuldungsobergrenze (sog. Leverage-Ratio) würde risiko- und margenarme Kreditgeschäfte unattraktiver machen und ginge deshalb vor allem zu Lasten des Kommunal- und Hypothekenkreditgeschäfts. Die SPD fordert deshalb insbesondere für Pfandbriefbanken eine höhere Verschuldungsobergrenze, die neben den Sparkassen die wichtigsten Kommunalfinanzierer sind.

Freiwilligendienst: Projekt „Weltwärts“ leidet unter unzureichenden finanziellen Mitteln

Die SPD-Fraktion brachte den Antrag „Weltwärts – Ein Freiwilligendienst mit Zukunft“ (Drs. 17/8769) in den Bundestag ein, in dem sie die Bundesregierung auffordert, die finanziellen Mittel für den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „Weltwärts“ aufzustocken. Die Evaluierung des Freiwilligendienstes durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ergab eine zu geringe finanzielle Ausstattung der Entsendeorganisationen, die so einer beständig steigenden Zahl an Bewerbern nicht gerecht werden können.

Im Jahr 2007 wurde der entwicklungspolitische Freiwilligendienst „Weltwärts“ durch das damals SPD-geführte BMZ ins Leben gerufen. So erhielten seit dem Jahr 2008 insgesamt 10.179 junge Menschen zwischen 18 und 28 Jahren die Möglichkeit, einen Freiwilligendienst im Ausland zu absolvieren. Dabei erhöhte sich die Zahl der Freiwilligen von Jahr zu Jahr.

Vom BMZ wurden für „Weltwärts“ in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt 84 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Für das Jahr 2010 sollten die finanziellen Ressourcen im Vergleich zu den Vorjahren weiter erhöht werden. Trotz steigender Zahl der Bewerbungen stellte die Bundesregierung statt einer veranschlagten Summe von 40 Millionen jedoch nur 29 Millionen

Euro bereit. Aufgrund der deutlich gestiegenen Zahl Freiwilliger mussten die Entsendeorganisationen selbst mehr Eigenmittel einsetzen, um die Nachfrage zu decken.

Auch im Haushaltsjahr 2011 stellte die Bundesregierung lediglich 30 Mio. Euro zur Verfügung. Das schränkte trotz weiter wachsender Nachfrage die finanzielle Entsendekapazität der Organisationen erneut stark ein. Dadurch sank die Zahl der Freiwilligen. Auch für 2012 ist von der Bundesregierung wieder zu wenig Geld eingeplant, um die interessierten jungen Menschen zu entsenden.

„Weltwärts“ leistet einen wichtigen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildung, und deshalb fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag, dass im Haushaltsjahr 2012 mehr finanzielle Mittel durch Umschichtungen im Etat zur Verfügung gestellt werden, um der stetig wachsenden Bewerberzahl gerecht zu werden. Für das Jahr 2013 fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, die durch das BMZ veranschlagte Mittelerhöhung auf 70 Millionen Euro zu erhöhen. Das ist notwendig, um die Entsendeorganisationen zu entlasten. Auch eine langfristige Finanzierung des Dienstes muss in Aussicht gestellt werden, damit Planungssicherheit gewährleistet werden kann.

Egon Bahr wird 90 Jahre alt

Was für ein schöner Sonntag! Nicht nur ein neuer Bundespräsident ist gefeiert worden, sondern auch ein großer Geburtstag: SPD-Legende Egon Bahr feierte am 18. März sein 90. Wiegenfest. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier würdigt insbesondere Bahrs diplomatisches Geschick: „Egon Bahr war und ist keiner, den es in seiner politischen Laufbahn zwanghaft ins Rampenlicht gedrängt hat. Er ist bis heute kein Mann der lauten Worte und großen Reden, aber schon immer ein Meister des diplomatischen Spiels, einer der mit Nüchternheit und Raffinesse Geschichte geschrieben hat.“

Steinmeier weiter: „Die mit Egons Namen verbundene Entspannungspolitik der 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts hat den Weg zur deutschen Einheit geebnet. Und die Formel vom Wandel durch Annäherung ist heute ein Synonym für eine kluge Außenpolitik, die es schafft, Brücken über ideologische Gräben zu schlagen. Wir sind froh, jemanden wie ihn als Freund und Ratgeber in unseren Reihen zu wissen.“

Von 1972 bis 1990 war Egon Bahr Mitglied des Deutschen Bundestages. Er war von 1972 bis 1974 Bundesminister für besondere Aufgaben und von 1974 bis 1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Ich freue mich sehr über diesen runden Geburtstag und wünsche Egon Bahr alles Gute!

Ausstellung: Frauen des Widerstands

Mit meinen Kartengrüßen zum Frauentag lud ich Frauen aus meinem Wahlkreis in das Museum Charlottenburg-Wilmersdorf in der Villa Oppenheim ein, zu einem Rundgang durch die gerade wieder eröffnete Villa Oppenheim mit anschließender Sonderführung durch die Ausstellung „**Die Träume einzig blieben mir in meiner kahlen Zelle: Frauen des Widerstands im Gerichtsgefängnis Kantstraße 79**“. Die Ausstellung präsentiert mit Kurzbiografien von 32 Frauen bislang der Öffentlichkeit kaum oder gar nicht bekannte Informationen und vermittelt anhand von Briefen und Tagebüchern einen Einblick darin, wie die Inhaftierten den Aufenthalt im Gerichtsgefängnis erlebten.

Bis zum 31. Mai ist die Ausstellung kostenfrei zu besuchen. Ein Besuch lohnt sich aber immer: Es wurde ein neuer Anlaufpunkt für Kultur geschaffen. Mehr über das Museum und die Aufgaben und das neue Spektrum seit der Neueröffnung finden Sie hier:
<http://www.villa-oppenheim-berlin.de>

Museum Charlottenburg-Wilmersdorf in der Villa Oppenheim
Schloßstraße 55, 14059 Berlin, Öffnungszeiten Dienstag bis Freitag 10–17 Uhr, Sonntag 11–17 Uhr

„Fahrscheinkontrolle“ in der GOETHE15

Kunst auf Fahrscheinticket: Die Ausstellung „Fahrscheinkontrolle“ von Osman Çekiç im Wahlkreisbüro der SPD-Bundestagsabgeordneten Petra Merkel

Am 15. März 2012 eröffnete die SPD-Bundestagsabgeordnete für Charlottenburg-Wilmersdorf, Petra Merkel, im Beisein des Künstlers die Ausstellung „Fahrscheinkontrolle“. Der Titel der Ausstellung ist in diesem Fall Programm - handelt es sich bei den ausgestellten Kunstwerken um in Kunst verwandelte ehemalige Fahrscheine der BVG.

Die Inspiration, Kunst auf und aus BVG-Tickets zu erstellen, kam dem aus Istanbul stammenden Künstler Osman Çekiç während eines „langweiligen Telefongesprächs“. So ganz nebenbei skizzierte er mit einem Füller ein Portrait auf einem zufällig auf dem Tisch liegendem BVG-Ticket. Erst am nächsten Tag sei ihm aufgefallen, welches ein künstlerisches Potential in diesem „Zufallsprodukt“ stecke, so der Künstler.



Osman Çekiç mit Petra Merkel

Seitdem hat Osman Çekiç seine Idee weiterentwickelt und in den folgenden Jahren zahlreiche Portraits von Mitreisenden auf seinen eigenen BVG-Tickets gezeichnet. Die eindrucksvollen Kunstdrucke, welche BVG-Tickets im Format DIN-A2 darstellen, können im Wahlkreisbüro bewundert werden.

Die Ausstellung läuft noch bis zum 11. Mai 2012 und ist während der Bürozeiten (Montag + Dienstag von 12-16 Uhr, Mittwoch + Donnerstag von 10 – 14 Uhr, oder nach Vereinbarung, Goethestr. 15, 10623 Berlin) zu besichtigen und zu erwerben. .

Termine

Am **26. April** wird vor dem Haus Goethestraße 12, unweit vom Wahlkreisbüro, um 14.00 Uhr ein weiterer „Stolperstein“ verlegt. Er soll erinnern an Paula Dienstag, die bis zu ihrer Deportation und Ermordung in Auschwitz in diesem Haus gewohnt hat. Im Rahmen der Ausstellung in meinem Wahlkreisbüro und der Unterstützung des Projekts habe ich die Patenschaft für den Stolperstein gerne übernommen.

FvO Veranstaltung zum Thema Demenz

Pflege geht uns alle an! Deshalb plane ich auch in diesem Jahr, gemeinsam mit meiner Kollegin Dr. Eva Högl, eine Diskussionsveranstaltung aus der Reihe „**Fraktion vor Ort**“. Dieses Mal geht es um das Thema Demenz. Wie äußert sich die Krankheit im frühen Stadium? Welche Formen von Demenz gibt es? Wie gehen Betroffene und Angehörige mit der Diagnose um? Diese und andere Aspekte möchten wir gern mit Euch, mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie mit kompetenten Podiumsgästen diskutieren. Ich lade Euch herzlich ein zur Gesprächsrunde am **Dienstag, den 5. Juni 2012, um 11 Uhr**, Sozialwerk Berlin, Humboldtstraße 12, 14193 Berlin. Eine Anmeldung zur Veranstaltung ist erforderlich. Bitte entweder per E-Mail an petra.merkel@bundestag.de oder telefonisch unter 227 77262.

Bürgersprechstunde

Meine nächste Bürgersprechstunde findet statt am Mittwoch, den 2. Mai 2012 von 15.30 Uhr bis 17.00 Uhr. Bitte melden Sie sich, wenn Sie einen Termin haben möchten.